

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1990)
Heft: 12: Die Gewerkschaften und Europa

Artikel: Gedanken zur europäischen Integration aus gewerkschaftsjugendlicher Sicht
Autor: Burger, Andreas / Erne, Roland
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584165>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gedanken zur europäischen Integration aus gewerkschafts jugendlicher Sicht

Heute sind Jugendliche in der Schweiz bis zur Erlangung des Stimmrechts praktisch vom politischen Prozess ausgeschlossen. Ein sehr «gutes» Beispiel ist die Frage der europäischen Integration, wo für unsere Zukunft grundlegende Entscheidungen gefällt werden müssen, ohne dass diejenigen, die davon betroffen sein werden, in irgendeiner Form konsultiert, geschweige denn an den Entscheidungen beteiligt werden.

Hier ist auch eine Mitschuld von Gewerkschaften und den politischen Organisationen aus unserem Umfeld zu konstatieren. Haben es doch sowohl die Gewerkschaften als auch etwa die SPS bisher versäumt, eine breite Diskussion zum Thema der europäischen Integration in Gang zu bringen. So wird die Position des SGB zu Europa von einem Sekretär im Alleingang bestimmt. Nun wird der Kongress im Herbst über den Antrag zu befinden haben, die SGB-Europapolitik zukünftig von einer kleinen Arbeitsgruppe aus Verbandsspitzen und Eurotechnokraten bestimmen zu lassen. Wir bezweifeln allerdings, ob dies wirklich als ein grosser Fortschritt zu werten ist. Die Grundlage für eine erfolgreiche

Europapolitik der Gewerkschaftsbewegung muss die eigene Basis sein. Wenn «der SGB» auf diesem Gleis weiterpolitisiert, wird es ihm wahrscheinlich nicht einmal gelingen, seine eigenen Mitglieder hinter sich zu bringen. Das Gewicht, das der SGB in der Diskussion zur europäischen Integration hat, wird wesentlich dadurch bestimmt, ob die Basis hinter den Vorstellungen steht, die er postuliert, wovon wir im Augenblick nicht ausgehen.

Der Nationalstaat – eine Konzeption von gestern

Wir wollen nun an dieser Stelle einige Gedanken zur europäischen Integration speziell aus jugendlicher Sicht darlegen. Es ist für uns absolut klar, dass die

Strukturen der Nationalstaatlichkeit überholt sind. Dies nicht einfach deswegen, weil beispielsweise Umweltprobleme real nicht mehr auf dieser Ebene zu lösen sind. Die Idee der Nationalstaaten hat sich viel breiter überlebt. Das Selbstverständnis der Nationalstaaten ist fast ausschliesslich in der Vergangenheit begründet und für die Zukunft nicht mehr tragfähig. Die Interessengegensätze bestehen auf der Ebene von Gesellschaftsgruppen wie ArbeiterInnen, Arbeitgeber, Frauen, Jugendliche oder Randgruppen aller Art und nicht zwischen Nationen. Besonders durch die Internationalisierung der Wirtschaft wird auch ein internationales gewerkschaftliches Vorgehen zwingend, wenn die Gewerkschaften sich nicht gegeneinander ausspielen lassen wollen. Für uns ist das Verharren in der schweizerischen Nationalstaatlichkeit langfristig nicht einmal geeignet, die erkämpften Rechte zu bewahren (die im europäischen Vergleich häufig auch nicht gerade Spitzenklasse sind).

Weder Rückzug ins Schneckenhaus noch Kapitulation

Deshalb muss der Weg klar derjenige sein, offensiv auf ein friedliches, ziviles und soziales Europa nach unseren Vorstellungen hinzuarbeiten. Dies darf nun aber eben nicht bedeuten, dass wir uns in unser Schneckenhaus der Geldwaschanstalt Schweiz zurückziehen. Doch auch ein blindes Übernehmen der Vorstellungen der EG kann nicht unser Weg sein, denn in sehr vielen Bereichen sind die Positionen der EG zu Europa nicht mit unseren Vorstellungen zu vereinbaren. Wir müssen unsere Ideen in einen gesamteuropäischen Prozess einbringen. Wir müssen auch bereit sein, Kompetenzen an den gesamteuropäischen Souverän zu übertragen. Dies darf aber auf keinen Fall einen Abbau der direkten Demokratie bedeuten, sondern vielmehr eine Demokratisierung Europas. Wir müssen uns auch klar darüber werden, dass es mehr zu gewinnen als zu verlieren gibt, wenn wir



Die Interessengegensätze bestehen auf der Ebene von Gesellschaftsgruppen wie ArbeiterInnen, Arbeitgeber, Frauen, Jugendliche oder Randgruppen aller Art und nicht zwischen Nationen. Besonders durch die Internationalisierung der Wirtschaft wird auch ein internationales gewerkschaftliches Vorgehen zwingend, wenn die Gewerkschaften sich nicht gegeneinander ausspielen lassen wollen.

Fotos: E. Schneuwly

uns an der Welt beteiligen. Übertragen wir doch die institutionell tatsächlich guten Rechte wie das Initiativ- und das Referendumsrecht auf eine europäische Ebene, statt uns selber vorzugaukeln, Demokratie sei auf dieser Ebene nicht möglich.

Was heisst dies nun etwas konkreter und auf die Jugend bezogen?

Dies heisst, dass wir in einem Europa der, hoffentlich nahen, Zukunft sowohl im Staat als auch am Arbeitsplatz real demokratische Verhältnisse wollen. Was etwa Mitbestimmung bzw. Selbstverwaltung in den Betrieben heisst. Denn ein demokratisches Staatswesen ist langfristig nur als solches zu erhalten, wenn wir auch die Wirtschaft demokratisieren. Ansonsten wird die Demokratie im Staat bald zur Farce. Denn wenn die Wirtschaft nicht demokratisch organisiert ist, wird eine wirklich freie Mitbestimmung im Staatswesen verunmöglicht. Nur wer von gleichen oder zumindest sehr ähnlichen Voraussetzungen ausgehen kann, ist in der Lage, eine freie Entscheidung zu fällen. Die Wirtschaft ist aber letztlich der wichtigste Teil unserer Gesellschaft, erbringt sie doch unsere Lebensgrundlagen.

Auf der Ebene des Staates würde dies auch die völlige Gleichberechtigung aller bedeuten. Also etwa Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen (die es dann zumal ja eigentlich nicht mehr geben wird). Aber wichtig ist auch die Gleichberechtigung der Generationen, also etwa das frühzeitige Zugestehen von Mitbestimmung an Jugendliche, und auch eine Neuregelung in Richtung einer schrittweisen Einbindung in die Entscheidungsprozesse in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.

Gleichberechtigung der Generationen

Für die bessere Beteiligung der Jugend im politischen Prozess wäre das kontinuierliche Zugestehen von Mitbestimmungsrechten von Kindheit an ein Weg, den zu erkämpfen wir als wichtig erachten. Das deshalb, weil jemand, der von der

Entscheidungsfindung ausgeschlossen wird, sich auch später nicht plötzlich in den entsprechenden Institutionen beteiligen kann. Es kann nicht angehen, dass irgendetwelche Teile der Gesellschaft aus fadenscheinigen Gründen faktisch oder sogar rechtlich schlechter gestellt sind, seien dies nun Jugendliche, Frauen, AusländerInnen, Behinderte oder andere gesellschaftliche «Randgruppen». Das heisst in unserem Europa haben Dinge wie Saisonierstatut, Ausländergesetzgebung, Bespitzelung politisch Andersdenkender und ähnliche Dinge keinen Platz. Ebensovwenig Platz haben Arbeitsbedingungen, wie sie heute in verschiedenen Branchen ohne objektive Notwendigkeit noch immer herrschen, wie etwa gesellschaftlich nicht zwingend notwendige Nachtarbeit oder gesundheitliche Gefährdung verschiedener Menschen durch ihre Arbeit.

Europa – keine Supermacht

Um aber langfristig ein geeintes Europa nicht einfach zu einer Supermacht werden zu lassen, muss auch das Staatsverständnis

in Europa massiv umgekrempelt werden. Die Identifikation mit Europa darf nicht zu einer Abgrenzung gegenüber anderen solchen Körperschaften dienen. Wenn sich nämlich der/die EuropäerIn nun plötzlich statt mit dem bisherigen Staat mit Europa in der selben Art und Weise identifiziert, führt das geistig nur dazu, Europa im Gegensatz zum Rest der Welt zu sehen statt als gleichberechtigter Teil von ihr.

Unsere Aufgabe

Die Arbeiterbewegung und mit ihr die anderen sozialen Bewegungen sind nun gefordert, in die Gestaltung Europas aktiv einzugreifen. Dies muss aber auf breiter Ebene geschehen und nicht wie heute den Technokraten überlassen werden. Es ist vieles in Bewegung in Europa und der Welt; die Chancen, etwas zu verändern, sind dadurch recht gross geworden. Diese Chance müssen wir nutzen. Es wäre nun aber verfehlt zu erwarten, dass breite Kreise selbst in unseren Reihen von einem Tag auf den anderen zu EuropapolitikerInnen werden. Es gilt sogar in Kreisen politisch

aktiver KollegInnen und GenossInnen eine Bildungsarbeit zu leisten. Es mangelt vor allem an einer gesamtheitlichen Betrachtung der Dinge. Hierzu bestehen auch bereits einige Ansätze wie Europakurse in den Gewerkschaften, in der SP oder von Dritten uns nahestehenden Institutionen und Parteien. Ohne Wissen kann man bekanntlich schlecht Politik betreiben. Doch Wissen ist zwar Macht, macht aber noch lange nicht mächtig. Es braucht auch die aktive politische Umsetzung dieses Wissens. Ansätze sind jedoch vorhanden, wie etwa das GBH-Europa-Manifest vom 15. September in Bern oder auch die EGB-4-Länderseminare, die GBH-Jugend-6-Länderseminare, die Kontakte der VPOD-Jugend mit der ÖTV-Jugend und der Gewerkschaftsjugend der DDR und einiges mehr. Diese Dinge laufen schon auf der Ebene der Basis, können aber erst ein Einstieg in Basisaktivitäten sein. Wir müssen eine breite, basisbestimmte Bewegung für ein soziales, ziviles und demokratisches Europa schaffen.

Andreas Burger, Roland Erne



Aber wichtig ist auch die Gleichberechtigung der Generationen, also etwa das frühzeitige Zugestehen von Mitbestimmung an Jugendliche, und auch eine Neuregelung in Richtung einer schrittweisen Einbindung in die Entscheidungsprozesse in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.